



MehrWert Sozial!

Netzwerk im Strukturwandel
Rheinisches Revier

**SOZIALE LEITKRITERIEN
FÜR DEN STRUKTURWANDEL
IM RHEINISCHEN REVIER**

VORWORT

Den Strukturwandel im Rheinischen Revier sozial (mit)gestalten – das ist das Ziel von MehrWert Sozial! Das 2021 ins Leben gerufene Netzwerk vereint Sozialverbände, Bildungsträger, die katho und den Landschaftsverband mit weiteren Interessensgruppen des Rheinischen Reviers. Unsere vielfältigen Kompetenzen und Erfahrungen setzen wir ein, um uns in der Politik mit guten Ideen Gehör zu verschaffen. Mit fachlich überzeugenden Argumenten bereiten wir den Boden für positive soziale Entscheidungen und Veränderungen im Rheinischen Revier. Als breit aufgestelltes Netzwerk wirken wir lokal und regional. Wir wollen den „MehrWert“ des Sozialen im Strukturwandel in den Fokus rücken und treiben die Vernetzung hierfür voran.

Mit diesem Positionspapier präsentieren wir soziale Leitkriterien für den Strukturwandel im Rheinischen Revier. Es enthält Aussagen und Forderungen, die erfüllt werden müssen, damit die Transformation sozial gelingt. Helfen Sie mit, diese Leitkriterien wirksam zu machen!

Dr. Frank Johannes Hensel
Diözesan-Caritasdirektor

Prof. Dr. Hans Hobelsberger
*Rektor der Katholischen Hochschule
Nordrhein-Westfalen (katho)*

SOZIALE NACHHALTIGKEIT

Nachhaltigkeit wird im Bereich dreier Dimensionen beschrieben, die mit einander in Verbindung stehen (vgl. Böhnisch 2020: 19). Der nachhaltige und rücksichtsvolle Umgang mit natürlichen Ressourcen ist die Grundlage der ersten, der ökologischen Dimension, mit dem Ziel zu verhindern, dass bestimmte Ressourcen irreversibel zerstört oder unbrauchbar gemacht werden.

Die Naturräume und Ressourcen zu nutzen und in die neu entwickelten Strukturen einzubeziehen, bietet als zweite Dimension die Chance, den Strukturwandel nachhaltig zu gestalten. Dabei ist zu prüfen, „ob unbegrenztes quantitatives Wirtschaftswachstum mit ressourcenerhaltender nachhaltiger Entwicklung verträglich ist oder ob stattdessen eine Begrenzung des ökonomischen Wachstums oder die Umsteuerung auf ‚qualitatives Wachstum‘ anzustreben ist“ (vgl. ebd.).

Als Drittes umfasst die soziale Dimension die intergenerationale Gerechtigkeit, also die Berücksichtigung des Lebensinteresses künftiger Generationen. Sie beinhaltet das Prinzip der Verantwortung, die menschliche Existenz im Einklang mit der Natur zu wahren (vgl. Jonas 1979). Ein Beispiel sind die Zweifel, dass die Erderwärmung mit den sich gerade entwickelnden Ökotechnologien in der geringen Zeitachse, die wir noch haben, aufgehalten werden kann (vgl. Böhnisch 2020: 21ff.). Um dieser sozialen intergenerationalen Verantwortung gerecht zu werden, sind ausnahmslos alle Bevölkerungsgruppen und ihre Interessen in den Strukturwandel einzubringen.

UMWELTGERECHTIGKEIT

Eine Ungleichverteilung von Umweltressourcen und -belastungen ist als strukturelle Benachteiligung zu werten. Von Umweltgerechtigkeit sind besonders Menschen betroffen, die ökonomisch, sozial oder beruflich prekariert sind (Maschewsky 2004: 7ff). Dazu gehören aber auch Menschen, die den Verlust des Arbeitsplatzes oder der Heimat hinnehmen müssen. Das Konzept der Umweltgerechtigkeit ist als normatives Leitbild zur Erfassung gerechter Verteilung von Umweltressourcen und -belastungen heranzuziehen.

Es lassen sich positive Auswirkungen der natürlichen Umwelt auf der physiologischen wie psychologischen Ebene des Menschen feststellen. Insbesondere bei Kindern und Jugendlichen gilt der Zugang zur Natur als protektiver Faktor für u. a. Aufmerksamkeitsstörungen (Spitzer 2019: 21-31).

Negative Umwelteinflüsse (z. B. Lärm- oder Schadstoffbelastung) haben Auswirkungen auf die Gesundheit und beeinflussen Lebensqualität, Infrastruktur und Sozialleben (Frohn/ Birkenstein et. al. 2020: 25f).

ARBEITS- UND LEBENSRAUM RHEINISCHES REVIER

Der Strukturwandel ist für Menschen häufig verbunden mit existentiellen Ängsten, Sorgen vor sozialem Abstieg und der Herausforderung einer Neuorientierung und Entheimatung. Ziel muss es sein, die Selbstbestimmung des Einzelnen und die solidarische Unterstützung durch die Gemeinschaft zu befördern und vor allem die Bedürfnisse Marginalisierter und von Marginalisierung Bedrohter im Blick zu haben.

Lefebvre formulierte 1968 als eines der übergeordneten Rechte (wie z. B. auf Freiheit und auf Wohnen) das Recht auf Differenz. Wir würden hier „Recht auf Stadt“ sagen. Es geht dabei um die Anerkennung unterschiedlicher Lebensvorstellungen und Bedürfnisse (vgl. Holm/Gebhardt 2011). Unter der Anerkennung von individueller Differenz und auch Not muss die Schaffung eines emanzipatorischen Zugangs zum Gemeinwesen für ausnahmslos alle Bürger_innen des Rheinischen Reviers das Ziel sein.

In direktem Zusammenhang steht die Notwendigkeit, Anreize für Bürger_innen zu schaffen, um die Region nicht nur als Arbeits-, sondern als Lebensraum zu begreifen und somit der Abwanderung der Menschen aus der Region entgegen zu wirken. Nur so ist eine nachhaltige Stadt- und Gemeinwesensentwicklung möglich.

GEMEINWESEN ALS RESSOURCE

Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung der mit dem Strukturwandel einhergehenden Transformationsprozesse ist die aktive Stärkung der Bürger_innen in ihrem Stadtteil hin zu einem handelnden Gemeinwesen im jeweiligen Sozialraum. Die Vernetzung der Institutionen und der Aufbau von Unterstützungsnetzwerken sowie die Lebensweltorientierung sind als zentrale Elemente der Gemeinwesenarbeit zu betrachten (vgl. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge 2002: 382). Sozialer Austausch, Vernetzung, Partizipation und gegenseitige Unterstützung finden häufig in Vereinen ihren Raum. Die sogenannte Verantwortungsgesellschaft (vgl. Böhnisch 2020: 51), die sich aktivieren lässt, ist eher im Mittelschichtssektor angesiedelt und kann damit paradoxerweise bei sozial benachteiligten Bürger_innen exkludierend wirken (vgl. ebd.: 52). Deshalb braucht es andere Beteiligungs- und Engagementsformen, die sich nicht am kulturellen und sozioökonomischen Status der Mittelschicht orientieren.

INKLUSION – SOZIALE GERECHTIGKEIT UND VERMINDERUNG VON EXKLUSION

Gesellschaftliche Teilhabe, Teilnahme und Teilgabe durch Inklusion und Barrierefreiheit sind als Leitgedanken ebenso grundlegend wie Gleichberechtigung und Gleichstellung. Mitzudenken sind sowohl die Inklusion von Bürger_innen in die durch Umsiedlungen und Transformationsprozesse nötig gewordene Neubildung der Gemeinwesen wie auch die Inklusion von Menschen mit Fluchtbiographie. In einer sozialen Gesellschaft ist jegliche Form von Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu verhindern und der Zugang zu wirtschaftlichen und natürlichen Ressourcen gleichberechtigt zu gewährleisten sowie eine gleichberechtigte Rolle bei Entscheidungen in allen gesellschaftlichen Bereichen zu sichern.

(vgl. SDG 10 & 5)

VERANKERTE PARTIZIPATIONSSTRUKTUREN

Fest verankerte Strukturen der Bürger_innenbeteiligung sind zu etablieren. Sie besitzen das Potential, Ressourcen und Kompetenzen für die Veränderung in der Gesellschaft zu mobilisieren. So können Entscheidungen und Pläne von Grund auf gemeinsam entwickelt und so besser auf die tatsächlichen Bedürfnisse der betroffenen Akteur_innen abgestimmt werden (vgl. Hrivnák et. al., 2021). Sie haben die Möglichkeit, aktiv ihren Lebensraum und die Gesellschaft mitzugestalten. Die Ideen und das Engagement der Bürger_innen sowie der regionalen Unternehmen müssen aktiv in die Prozesse des Strukturwandels einbezogen werden.

Dadurch können nicht nur die Ressourcen der Akteur_innen für den Wandel mobilisiert, sondern auch Entscheidungen und Umsetzungen durch das ‚Wissen der Vielen‘ zudem optimiert werden. Dies kann eine höhere Identifizierung mit und Aneignung von den Strukturwandelszielen durch die Bürger_innen hervorrufen, zumal die repräsentativen demokratischen Strukturen dafür nicht mehr ausreichen.

KINDER, JUGENDLICHE UND IHRE FAMILIEN – ABBAU VON SOZIALER UNGLEICHHEIT

Der Abbau einer Reproduktion von sozialer Ungleichheit ist elementar für die Gestaltung eines sozialen Transformationsprozesses und muss vor allem Kinder und Jugendliche adressieren.

Der zentrale Aspekt der Bildungsgerechtigkeit umfasst einerseits die Schaffung von Konzepten der Chancengerechtigkeit im formalen Bildungssystem sowie die Entwicklung von ‚Reproduktionsräumen‘ der außerschulischen Lern- und Freizeitorte für Kinder und Jugendliche. Diese ermöglichen einen gleichberechtigten Bildungsverlauf und fördern die Kompetenzvielfalt. Grundlegende Postulate sind die Schaffung von (Freizeit-)Angeboten innerhalb des Sozialraums (Vereine, Spiel- und Bolzplätze, etc.) sowie der flächendeckende Aufbau von Hilfesystemen für den Kinder- und Jugendschutz im Sinne eines regional umgesetzten Jugendschutzkonzeptes (Frühe Hilfen, Schutz vor Gewalt, Schutz von Kindern mit Fluchtbiographie, die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, Kinder- und Jugendhilfe, Medienpädagogik und Digitalisierung als grenzüberschreitende Orte der Begegnung und Verständigung). Zusätzlich geht es um die Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche im Strukturwandel. Partizipation und die Integration in gesellschaftliche Prozesse bedingt Identifikation mit dem Sozialraum. Der sekundäre Effekt ist eine Bindung junger Menschen an die Region, die eine Identität mit dieser herausbilden konnten, was wiederum die Basis für eine nachhaltig heterogene Gesellschaft mit Traditionen und Wurzeln ist.

BILDUNG

Der barrierefreie Zugang zu Bildung im urbanen wie ländlichen Raum ist durch den Aufbau eines flächendeckenden Netzes an Bildungseinrichtungen der Schlüssel zu kulturellen, sozialen und materiellen Ressourcen und beeinflusst maßgeblich Teilhabechancen, Inklusion und Lebensqualität. Der Zugang zu (lebenslangem) Lernen auf allen Ebenen, also formaler (z. B. Schule, Hochschule), non-formaler (außerschulisch, z. B. in Jugendeinrichtungen) und informaler (z. B. Familie, Peergroup) Bildung (vgl. Schilling/Krus, 2018), ist unabhängig von Alter, Geschlecht, Kultur und externen Faktoren, zu gewährleisten. Zudem ist darauf zu achten, dass eine Heterogenität in den berücksichtigten Bildungsfeldern stattfindet. Die vordergründig zu beachtenden Felder der Natur, Technik, des MINT-Bereiches ist durch z. B. die ästhetische Bildung zu ergänzen. Somit sind Bildungsfelder zu berücksichtigen, die in ihrem Ansatz nicht die Erkenntnisvermittlung im Fokus haben, sondern als Reflexionsrahmen Erkenntnisform darstellen und Kultur hervorbringen und sie nicht nur reproduzieren.

(vgl. SDG 4)

BILDUNG FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG (BNE)

Aufgabe von BNE ist es, für Nachhaltigkeit zu sensibilisieren und eine globale Perspektive einzunehmen. Darüber hinaus soll die BNE Kompetenzen und Verhaltensweisen ausbilden, die die Auswirkungen des eigenen Handelns auf die Welt verstehen lässt und Ambivalenzen ermöglicht zu bearbeiten. Somit erhalten Bürger_innen Zugang zur partizipativen und nachhaltigen Mitgestaltung des Strukturwandels.

DEZENTRALISIERUNG UND VERNETZUNG DER GESUNDHEITSSTRUKTUREN

Durch ein breites, dezentralisiertes Netz an Hilfsstrukturen und gut ausgebauten Gesundheitsstrukturen ist Bürger_innen ein leichter, möglichst barrierefreier Zugang zu Unterstützungsangeboten (z. B. quartiersbezogenen Interventionsteams) und Institutionen der ambulanten und stationären gesundheitlichen Versorgung (Praxen von Ärzt_innen, Psychotherapeut_innen, Therapeut_innen sowie Krankenhäuser, Geburtshäuser, etc.) in unmittelbarer Wohnortnähe zu ermöglichen.

VERKEHR UND KOMMUNIKATION

Mobilität und Kommunikation sind grundlegend für die Mitgestaltung des Sozialen. Die Förderung einer umwelt- und gesundheitsschonenden Mobilität, die auch Verbindungen zwischen städtischen, stadtnahen und ländlichen Gebieten beinhaltet, erhöht ausnahmslos die Teilhabe aller Bürger_innen und schafft ein weiteres Argument gegen die Abwanderung aus den Kommunen. So sind insbesondere eine gute Anbindung an den ÖPNV sowie ein umfassendes Radwegenetz von großer Bedeutung. Nachhaltige Verkehrsmittel leisten einen wesentlichen Beitrag zur klimafreundlichen Mobilität innerhalb der eigenen Kommune sowie überregional, z. B. für Pendler_innen aus benachbarten Städten. Der niederschwellige und kostengeringe Zugang zu solchen Verkehrsmitteln ist für uns im Strukturwandel mitzudenken.

Die Mitwirkung der Bevölkerung in der Gestaltung von Transformationsprozessen ist entscheidend auf eine hohe Qualität und Verfügbarkeit von Kommunikationsmedien für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen und ihren Bedürfnissen angewiesen. Das betrifft die jeweilige Lebens- und Arbeitswelt, aber auch die Förderung des Austauschs zwischen den Teilräumen des Reviers und darüber hinaus.

(vgl. SDG 11)

LITERATUR

Böhnisch W. (2020): Sozialpädagogik der Nachhaltigkeit. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.

Bremm N. (2021): Anerkennungsgerechtigkeit in benachteiligten Schulen. Defizitperspektiven und Möglichkeiten und Grenzen ihrer Bearbeitung im Rahmen eines Schulentwicklungsprojekts. In: Brockmann L./ Hack C./ Pomykaj A./ Böttcher W. (Hrsg.): Soziale Ungleichheit im Sozial- und Bildungswesen. Weinheim/ Basel: Beltz Juventa Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit. 17 Nachhaltigkeitsziele – SDGs. Verfügbar unter: <https://www.bmuv.de/themen/nachhaltigkeit-digitalisierung/nachhaltigkeit/17-nachhaltigkeitsziele-sdgs/sdg-10-weniger-ungleichheiten> (08.02.22).

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2020): Kinder- und Jugendschutz. Verfügbar unter: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/kinder-und-jugend/kinder-und-jugendschutz/kinder-und-jugendschutz-86306> (08.02.2022).

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (2002): Fachlexikon der sozialen Arbeit. 5. Auflage. Stuttgart; Köln: Kohlhammer.

Hamacher S. u. a. (7/2021): Soziale Kosten – soziale Folgen: Kitas inmitten einer Krise-Krise. In: Klein und Groß.

Holm A./ Gebhardt A (2011): Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignung. Hamburg.

Hrivnák, M.; Moritz, P.; Melichová, K.; Roháčiková, O.; Pospíšová, L. (2021): Designing the Participation on Local Development Planning: From Literature Review to Adaptive Framework for Practice. In: Societies 11 (1), S. 19. DOI: 10.3390/soc11010019.

Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (KWSB) 2019: Abschlussbericht. Verfügbar unter: https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/A/abschlussbericht-kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung.pdf?__blob=publicationFile (08.02.2022).

Lefebvre H. (1968): Le droit à la ville. Éditions Anthropos. Paris.

Kessel, F./Reutlinger, C. (2007): Sozialraum. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Kessel, F./Reutlinger, C. (2011): Sozialraumorientierung als bestimmendes Fachlichkeits- und Organisationsmuster Sozialer Arbeit. In Otto, H.-U./Thiersch, H. (Hg.). Handbuch Soziale Arbeit. 4. Völlig neu bearbeitete Auflage. München: Reinhardt.

Schilling/Krus (2018): Soziale Arbeit. Geschichte-Theorie-Profession. 7. Auflage. München: utb.

DAS GRÜNDUNGSTEAM VON MEHRWERT SOZIAL!

Bistum Aachen

Burchard Schlömer,
Referent „Kirche in der Gesellschaft“

Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Nordrhein e.V.

Robert Korell,
*Abteilungsleiter Wohlfahrts-
und Sozialarbeit*

Diakonisches Werk des Kirchenkreises Jülich

Uschi Hensen,
Geschäftsführerin

Remo Schwabe,
Stellvertretender Geschäftsführer

Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln e. V.

Dr. Frank Johannes Hensel,
Diözesan-Caritasdirektor

Katholische Hochschule Nordrhein-Westfalen (katho)

Prof.'in Dr.'in Silvia Hamacher,
*Professorin für Theorien und
Konzepte Sozialer Arbeit*

Prof. Dr. Hans Hobelsberger,
Rektor

Kirchenkreis Jülich

Pfarrer Jens Sannig,
Superintendent

Nell-Breuning-Haus, Bildungs- und Tagungszentrum

Dr. Manfred Körber

Der Paritätische Mönchengladbach

Marko Jansen,
Geschäftsführer

Transfernetzwerk Soziale Innovation – s_inn

Karin Jazra,
Innovation-Lab Aachen

Tristan Steinberger,
Stellvertretender Agenturleiter



BETEILIGUNGSMÖGLICHKEITEN

Sie möchten uns unterstützen?

Sie teilen unser Anliegen?

Sie möchten weitere Informationen erhalten?

Dann setzen Sie sich gerne mit uns in Verbindung:

Karin Jazra

Innovation-Lab Aachen

k.jazra@katho-nrw.de

Tristan Steinberger

Stellvertretender Agenturleiter

t.steinberger@katho-nrw.de

www.mehrwert-sozial.de



s_inn ist ein Verbundprojekt der

katho
Katholische Hochschule Nordrhein-Westfalen
Catholic University of Applied Sciences

 **EVANGELISCHE HOCHSCHULE
RHEINLAND-WESTFALEN-LIPPE**
Protestant University of Applied Sciences

**Innovative
Hochschule** 

EINE GEMEINSAME INITIATIVE VON
 **Bundesministerium
für Bildung
und Forschung**

 **Gemeinsame
Wissenschaftskonferenz
GWK**